

Studienkreis Rundfunk und Geschichte Mitteilungen

1. Jahrgang Nr. 3 - April 1975

Nachrichten und Informationen: Rundfunknachrichten als Forschungsobjekt - Eine verschollene Rundfunkzeitschrift - "Von Münster nach Köln" - Modern Jazz in Ostasien - JASA in Montreal	Seite 1
Lutz-Eugen Reutter: Die Rolle des Regionalen - Hamburg, Hannover und Kiel in der nord- deutschen Rundfunkgeschichte	Seite 5
Hans Bohrmann/Arnulf Kutsch: Rundfunkwissen- schaft im Dritten Reich - Teil 1: Vorgeschichte	Seite 8
Klaus Altmeyer: Hörfunk und Politik im Saarland der Nachkriegsjahre	Seite 12
Winfried B. Lerg: Was soll das? Eine wahre Begeben- heit aus der rundfunkhistorischen Provinz	Seite 14
Bibliographie 3. Diplom-, Magister-, Staatsexamensarbeiten	Seite 16
Wolf Bierbach: Die Rundfunkreformvorschläge Severings	Seite 20
Michael Crone: Freiheit und Kontrolle	Seite 24

Außer an die Mitglieder, deren Zahl steigt und jetzt bei 170 liegt, gehen die MITTEILUNGEN mit der dritten Nummer bereits an etliche Abonnenten; die Auflage beträgt deshalb rund 300 Stück. Zunehmende Verbreitung macht es leichter, Originalbeiträge zu bieten, deren Autoren natürlich an der Sache, aber auch an Kontakt und Austausch im Kreis der Mitglieder und Freunde des Auflage beträgt deshalb rund 300 Stück. Zunehmende Verbreitung macht es leichter, Originalbeiträge zu bieten, deren Autoren natürlich an der Sache, aber auch an Kontakt und Austausch im Kreis der Mitglieder und Freunde des Studienkreises interessiert sind. Lutz-Eugen Reutter ergänzt die Beobachtungen und Erfahrungen von Ausstellungen zum Rundfunkjubiläum aus Nr. 2 unter dem speziellen regionalen Gesichtspunkt. Hans Bohrmann und Arnulf Kutsch untersuchen ein Thema, das die historische Bestandsaufnahme erweitern wie die Diskussion über Grundsatzprobleme der Rundfunkwissenschaft bereichern kann. Die Rezension der Dissertation von Heribert Schwan über den Rundfunk im Saarland 1945 bis 1955 durch Klaus Altmeyer hat Winfried B. Lerg zu einigen pointierten Anmerkungen herausgefordert; zwei Beiträge zur wissenschaftlichen Sache sollen in Nr. 4 folgen. Wolf Bierbach und Michael Crone haben ihre Referate auf der Münchener Jahrestagung 1974 thesenartig zusammengefaßt und Diskussionsbeiträge berücksichtigt.

Hinweise auf die Veranstaltungen dieses Jahres finden sich auf Seite 4. Der Redaktion sind Leserbriefe selbstverständlich willkommen, und sie wird sie abdrucken, wenn sie nicht zu lang geraten.

NACHRICHTEN UND INFORMATIONEN

Rundfunknachrichten als Forschungsobjekt

Als der Studienkreis Rundfunk und Geschichte im Juni 1969 in Ludwigs-
hafen gegründet wurde, konstituierte sich dort sogleich auch eine
Fachgruppe Rundfunk und Sprache unter der Leitung von Professor Hugo
Steger (Freiburg), die sich nicht mit historischen Fragen, sondern
mit linguistischen Problemen beschäftigen wollte. Es war nicht vor-
auszusehen, daß diese thematisch für einen historisch orientierten
Studienkreis mehr am Rande stehende Fachgruppe in den folgenden Jah-
ren eine besondere Bedeutung erlangen würde. Eine Arbeitsgruppe unter
Leitung des damaligen Akademischen Direktors Dr. Erich Straßner
(Erlangen) begann, Hörfunknachrichten verschiedener Rundfunkanstal-
ten unter Einsatz der EDV linguistisch zu analysieren. Auf einer Ar-
beitstagung unter dem Thema "Sozio- und psycholinguistische Aspekte
der Nachrichtensprache" stellte die Arbeitsgruppe im September 1971
die Ergebnisse ihrer Untersuchungen im Rahmen eines zweitägigen Se-
minars vor, das der Südwestfunk Baden-Baden organisatorisch betreute.
Dieses Seminar wurde von mehr als hundert Praktikern und Wissenschaf-
tlern aus der ganzen Bundesrepublik besucht. Der Untersuchungsbericht
erschien in dem Sammelband "Sprache und Gesellschaft", herausgege-
ben von Annemarie Rucktäschel, 1972 im Wilhelm-Fink-Verlag München
(mit umfangreichem Literaturteil). Inzwischen gilt der nach Tübingen
berufene Professor Straßner als wissenschaftlicher Experte für die
Sprache der Nachrichten, und man kann ihn auf den Teilnehmerlisten
vieler Seminare und Tagungen über Nachrichten und ihre Sprache fin-
den, die in den letzten Jahren bei verschiedenen Akademien und In-
stitutionen der politischen Bildung fast schon zur ständigen Ein-
richtung geworden sind. Insbesondere haben sich um das Thema Nach-
richten bemüht: Europäische Akademie Berlin, 1 Berlin 33, Bismarck-
allee 46-48, Akademie für politische Bildung, 8132 Tutzing/Obb., die
in ihrer Schriftenreihe Materialien und Berichte als Heft 54 eine
"Politische Medienkunde 2 - Politische Orientierung durch Fernseh-
nachrichten" herausgegeben hat, und die Friedrich-Naumann-Stiftung
Mannheim, die 1973 drei Seminare über Nachrichten abhielt. Unter dem
Titel "Nachrichten: Entwicklungen - Analysen - Erfahrungen" wird,
herausgegeben von Erich Straßner, in Kürze im Wilhelm-Fink-Verlag

München eine Aufsatzsammlung erscheinen, in der Wissenschaftler wie Praktiker aus den Rundfunkanstalten zu Wort kommen. (Hp)

Hamburger Übung

Ausgewählte Probleme der deutschen Rundfunkgeschichte von 1923 bis 1955 sind das Thema einer von Dr. Hans-Dieter Loose an der Universität Hamburg für das Sommersemester 1975 angekündigten historischen Übung. Den Teilnehmern sollen Ergebnisse neuerer Forschungen insbesondere von Mitgliedern des Studienkreises zur Geschichte des Hörfunks vermittelt werden. Dabei wird es vor allem darum gehen, das Augenmerk auf die Stellung des zweitjüngsten Massenmediums im Spannungsfeld politischer und gesellschaftlicher Interessen und auf deren Auswirkung auf Organisation und Rechtsstellung des Rundfunks im genannten Zeitraum zu richten. Das Übungsprogramm ist so flexibel aufgebaut, daß die Teilnehmer nach Erarbeitung einer gemeinsamen Ausgangsbasis selbst zeitliche und sachliche Schwerpunkte setzen können. In der Vorbesprechung hat sich abgezeichnet, daß Rundfunkgeschichte der NS-Zeit und der Periode der Neuorganisation nach 1945 mehr Interesse finden wird als die der Weimarer Zeit. (hdl)

Eine verschollene Rundfunkzeitschrift

Die 1969 von der damaligen Historischen Kommission der ARD herausgegebene Bibliographie der Rundfunkzeitschriften ist noch heute ein wichtiges Hilfsmittel für den Historiker. In zunehmendem Maße hat aber die in den letzten Jahren intensivierete Forschung die Lücken deutlich gemacht, die sowohl in der Bibliographie selbst als auch im Standortnachweis klaffen. Neu aufzunehmen ist u.a. "Die Westdeutsche Funkstunde. Offizielles Organ des Westdeutschen Rundfunkhörerverbandes". Sie war bisher - soweit festgestellt werden konnte - in keiner Bibliothek vorhanden. Nach Aufforderungen an die Hörer, dem WDR für seine Jubiläumsausstellung "Von Münster nach Köln" Material zu überlassen, hat jetzt eine Hörerin dem WDR für seine Bibliothek einen Band dieser Zeitschrift (Jg. 3 H 40 v. 30.7.1927 bis Jg. 4 H 35 v. 15.6.1928) zur Verfügung gestellt. Die Zeitschrift wurde 1925 als "Offizielles Organ der Westdeutschen Funkstunde AG" in Münster gegründet und erschien in wechselnden Verlagen. Als der Vorläufer des WDR 1926/27 von Münster nach Köln verlegt und in "Westdeutsche Rundfunk AG" umbenannt wurde, verlor die Zeitschrift den Charakter eines

hausoffiziellen Organs, denn in Köln erschien nun im Rufu-Verlag als eigene offizielle Programmzeitschrift "Die WERAG". "Die Westdeutsche Funkstunde" wurde zunächst vom "Westdeutschen Funkverband", dann von dem "Westdeutschen Rundfunkhörerverband" übernommen und schließlich 1928 mit dem in Kamen/Westf. erscheinenden "Horchfunk" vereinigt. Als Organ des Westdeutschen Rundfunkhörerverbandes war die Zeitschrift vor allem ein Forum für regionale Programmansprüche an die Kölner Sendegesellschaft. (Bie)

Von Münster nach Köln

Rund 50 000 Besucher hatte bisher die Jubiläumsausstellung des Westdeutschen Rundfunks "Von Münster nach Köln", die anlässlich der fünfzigsten Wiederkehr des Programmbeginns der "Westdeutschen Funkstunde" am 10. Oktober 1924 in Münster zunächst im Oktober 1974 im Stadthausaal in Münster, dann im November im Funkhaus Wallrafplatz in Köln gezeigt worden und vom 9. Februar bis zum 5. März 1975 im "Marler Stern" in Marl/Westf. zu sehen war. Das Bildungswerk der Stadt Marl hatte die Ausstellung ausgeliehen, um sie im Rahmenprogramm zum 12. Adolf-Grimme-Preis zu präsentieren. Dabei haben die Marler Veranstalter den Eindruck gewonnen, daß "anschaulich gemachte Zeitgeschichte sehr gefragt ist". Viele Besucher erkundigten sich, ob die in der Ausstellung gezeigten Dokumente käuflich zu erwerben seien. Besonderes Interesse fand eine Vitrine mit Material zum "Frohen Samstagnachmittag des Reichssenders Köln", der Ende 1934 bis März 1939 regelmäßig gesendet und lange Zeit von allen Sendern des nationalsozialistischen Einheitsrundfunks übernommen wurde. Die Ausstellung "Von Münster nach Köln" wird vom 15. April 1975 an für mehrere Wochen in der zentralen Kassenhalle der Stadtsparkasse Wuppertal in Wuppertal-Elberfeld gezeigt. Das Hochhaus der Wuppertaler Stadtsparkasse steht auf dem Gelände des ehemaligen Thalia-Theaters, neben dem sich in den späten zwanziger Jahren die Sendestelle Elberfeld der Westdeutschen Rundfunk AG befand. (Fö)

Modern Jazz in Ostasien

Joachim Ernst Berendt, Leiter der Südwestfunk Jazz-Redaktion, der auf der Jahrestagung des Studienkreises in Berlin am 5. September 1975 über die Geschichte des Jazz im deutschen Rundfunk (mit Tonbeispielen) referieren wird, macht zur Zeit im Auftrag des Goethe-Instituts

eine mehrwöchige Asienreise, auf der er ein Programm mit dem Titel "Story of Modern Jazz" präsentiert. Die Tournee, bei der das Manfred-Schoof-Sextett mitwirkt, führt u.a. nach Pakistan, Indien, Thailand, Korea, Japan, den Philippinen und Ceylon. (Hp)

JASA in Montreal

Zusammen mit der International Association of Music Libraries tagt die International Association of Sound Archives vom 17. bis zum 23. August 1975 in Montreal. Die JASA - Internationale Vereinigung der Schallarchive - ist eine 1969 gegründete Organisation, die Schallarchive jeder Art in 24 Ländern vereinigt (vgl. MITTEILUNGEN Nr. 2). Die Anschrift des Sekretariats ist: Dokumentationszentrum SFW, Hengeveldstraat 29, Utrecht, Niederlande. (DRA)

Regionalgruppe Mainz/Wiesbaden

Die Meinungsbildung über die Grundsätze eines Arbeitsprogramms der Regionalgruppe ist auf der 3. Arbeitssitzung am 3. Dezember 1974 im Landesstudio des SWF in Mainz abgeschlossen worden. Der Kontakt zum Institut für Publizistik an der Universität Mainz konnte vertieft werden. Auf der 4. Arbeitssitzung im ZDF-Sendezentrum Mainz-Lerchenberg am 29. April 1975 wird Prof. Kahlenberg vom Bundesarchiv seinen Filmvortrag "Rundfunktechnik und -programm in Dokumentarfilmen 1924-45", den er auf der Münchener Jahrestagung des Studienkreises 1974 gehalten hat, in erweiterter Form wiederholen. (HR)

* * *

* * *

Das 3. Doktoranden-Kolloquium des Studienkreises findet am 19. und 20. April 1975 in der Sportschule in Grünberg/Hessen statt. Auf der Tagesordnung stehen: Edition rundfunkhistorischer Film- und Tonquellen (mit Vorführung - 19.4. vormittags), Berichte von Doktoranden und Magisterkandidaten über laufende und abgeschlossene Arbeiten (19.4. nachmittags), Stand der Forschung über Rundfunk und Fernsehen in der DDR (20.4. vormittags).

Am 23. Mai 1975 findet in Bad Homburg eine Fachtagung statt, auf der Rundfunkarchivare, Literaturwissenschaftler, Historiker, Musikwissenschaftler und Juristen die wissenschaftliche Nutzung von Archivquellen des Rundfunks diskutieren.

Für das Programm der Jahrestagung und ordentlichen Mitgliederversammlung des Studienkreises am 5. und 6. September 1975 in Berlin (Kongreßhalle) stehen bis jetzt als Referenten fest: WDR-Justitiar Prof. Dr. Günther Hermann (zur Geschichte der ARD), SWF-Intendant Helmut Hammerschmidt (zur ARD-Politik), Chefredakteur Karl Tetzner (über Kabel-Fernsehen und Breitbandkommunikation) und Joachim Ernst Berendt

RUNDFUNKGESCHICHTE IN AUSSTELLUNGEN

Lutz-Eugen Reutter:

DIE ROLLE DES REGIONALEN

Hamburg, Hannover und Kiel in der norddeutschen Rundfunkgeschichte

In seinem Beitrag "Zeigen, was zu zeigen ist" hat Walter Först in der vorigen Ausgabe der MITTEILUNGEN auf die allgemeinen Schwierigkeiten hingewiesen, Rundfunkgeschichte in Ausstellungen zu präsentieren. Hier beschreibt Lutz-Eugen Reutter Erfahrungen, die bei Versuchen gemacht wurden, die fünfzigjährige Geschichte des Rundfunks in Norddeutschland aus dem Blickwinkel einzelner Regionen des Sendegebiets in Ausstellungen sichtbar werden zu lassen.

Am 16. Januar 1924 wurde die "Nordische Rundfunk Aktiengesellschaft" (NORAG) in Hamburg gegründet; am 2. Mai 1924 wurde das erste regelmäßige Programm aus Hamburg gesendet. Mit diesen beiden Daten beginnt die fünfzigjährige Geschichte des Rundfunks in Norddeutschland, die von der NORAG (1924-1933) über die "Norddeutsche Rundfunk GmbH" (1933) den "Reichssender Hamburg" (1934-1945), "Radio Hamburg" (1945) und den Nordwestdeutschen Rundfunk (1945-1955) bis hin zum Norddeutschen Rundfunk (seit 1956) reicht. Einen knappen Rückblick auf die Anfänge sollte die Ausstellung "50 Jahre Rundfunk in Norddeutschland" geben, die vom 17. Januar bis zum 19. Mai 1974 vom NDR im Museum für Hamburgische Geschichte gezeigt wurde. Obwohl zum Jahrestag der Gründung der NORAG eröffnet, blieb sie nicht auf die Rundfunkgeschichte Hamburgs beschränkt, denn zum Sendegebiet des NDR gehören neben der Freien und Hansestadt auch die Bundesländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Bereits die NORAG besaß Nebensender in Bremen (20.11.1924), Hannover (16.12.1924) und Kiel (7.3.1926) sowie eine Nebenstelle in Schwerin (19.8.1927).

Um die Ausstellung einem breiteren Besucherkreis zugänglich zu machen, wurde sie als Sonderausstellung des Museums für Hamburgische Geschichte gezeigt und plakatiert. Den Raum, die Stellwände für die Fotos und Graphiken und die Glasvitrinen für die Exponate stellte das Museum für Hamburgische Geschichte kostenlos zur Verfügung; für die Konzeption der Ausstellung sowie für die Auswahl des Bildmaterials und der Exponate war der Verfasser als Referent für Öffentlichkeitsarbeit beim NDR verantwortlich. Die Ausstellung, deren Schwerpunkt Konzeption der Ausstellung sowie für die Auswahl des Bildmaterials und der Exponate war der Verfasser als Referent für Öffentlichkeitsarbeit beim NDR verantwortlich. Die Ausstellung, deren Schwerpunkt die Jahre 1924 bis etwa 1935 bildeten, zeigte auf rund 200 Fotos und Graphiken die Organisation, Programmstruktur und -sparten (wie Hörspiele, Schulfunk, Reportagen, Interviews, "Hafenkonzert" und Orchester), Aufnahme-, Studio- und Sendetechnik, Bauten und bekannte Mitarbeiter aus der Frühzeit des Rundfunks sowie Sendungen und Technik des NWDR-Fernsehens der Jahre 1952 bis 1955. Das Bildmaterial, dem eine ausführliche Chronik des Rundfunks in Norddeutschland vorangestellt war, wurde der besseren Übersichtlichkeit halber nach Themenkomplexen gegliedert.

Die Ausstellung wurde durch Exponate ergänzt, die hauptsächlich das Firmenarchiv von AEG-Telefunken sowie die Oberpostdirektion Hamburg und die Studio Hamburg Atelierbetriebsgesellschaft mbH als Leihgaben kostenlos zur Verfügung gestellt hatten, da der NDR kein eigenes technisches "Museum" besitzt. Gezeigt wurden Radioapparate, die einen

Überblick über die technische Entwicklung vom Detektor über den Volksempfänger bis hin zu dem eigens für den NWDR entwickelten Kontrollempfänger gaben, verschiedene Mikrofontypen, Fernsehempfänger aus den Jahren 1939 und 1952 sowie ein Modell des ersten Fernsehstudios im Hochbunker auf dem Hamburger Heiligengeistfeld. Außerdem wurden den etwa 30 000 Ausstellungsbesuchern über Lautsprecher dreizehn Tondokumente (zum Teil Ausschnitte) aus der Anfangszeit des Hörfunks in Norddeutschland vorgeführt: NORAG-Marsch (1930), "Funkheinzelmännchen" Hans Bodenstedt erzählt Märchen (1928), Hans-Friedrich Blunck liest sein Gedicht "Erwartung" (1930), Fußballländerspiel Deutschland gegen England (1930), Eröffnung der 7. Großen Deutschen Funkausstellung in Berlin mit Ausschnitten aus den Reden von Hans Bredow und Albert Einstein (1930), Josef Goebbels vor Angestellten der "Norddeutschen Rundfunk GmbH" in Hamburg (1933), Pausenzeichen des "Reichssenders Hamburg", "Saarkantate" von Hermann Erdlen und Alfred Thieme (1935), Morgenfeier der Hitler-Jugend des "Reichssenders Hamburg" (1935), Eröffnung der XI. Olympischen Sommerspiele in Berlin durch Hitler (1936), Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht (1940), Wunschkonzert für Soldaten (1941), Pausenzeichen des Funkhauses Hamburg des NWDR.

Entgegen der Vermutung von Friedrich P. Kahlenberg in seinem Beitrag "Rundfunkgeschichte im Ausstellungskatalog" in der letzten Ausgabe der MITTEILUNGEN (Seite 12) war vom NDR niemals erwogen worden, für seine Ausstellungen in Hamburg und Hannover einen Katalog herauszugeben. Bei der angespannten Finanzlage der Anstalt wären die durch die große Auflage und den Bildteil bedingten hohen Herstellungskosten nicht zu rechtfertigen gewesen. Statt eines Katalogs konnten die Ausstellungsbesucher eine in der Hausdruckerei hergestellte dreiseitige Chronik des Rundfunks in Norddeutschland sowie einen Faltprospekt mit allgemeinen Angaben über den NDR mit nach Hause nehmen.

Ganz anders als die Konzeption der Ausstellung in Hamburg war die des Funkhauses Hannover, obwohl anfangs geplant gewesen war, den größten Teil der Hamburger Ausstellung unverändert auch in den Funkhäusern Hannover und Kiel des NDR zu zeigen, damit sich die Herstellungskosten rentierten. Selbstverständlich sollte bei den Jubiläumsausstellungen in Hannover und Kiel das jeweilige regionale Erscheinungsbild des Rundfunks stärker berücksichtigt werden, als es bei der Ausstellung in Hamburg der Fall sein konnte. Aber das Grundthema "50 Jahre Rundfunk in Norddeutschland" sollte beibehalten werden, wie es bei der Ausstellung in Hamburg der Fall sein konnte. Aber das Grundthema "50 Jahre Rundfunk in Norddeutschland" sollte beibehalten bleiben, um die im großen und ganzen gemeinsame historische Entwicklung des Rundfunks im norddeutschen Raum unter Einbeziehung der jeweiligen Erscheinungsformen in Hamburg, Hannover und Kiel deutlich zu machen. Da die Mitarbeiter des Funkhauses Hannover mit dieser Konzeption nicht einverstanden waren, entwickelte der Verfasser zusammen mit ihnen eine neue Konzeption.

Das Thema der Jubiläumsausstellung in Hannover hieß nicht mehr "50 Jahre Rundfunk in Norddeutschland", sondern "50 Jahre Rundfunk in Hannover". In der Ausstellung, die vom 6. Februar bis zum 7. März 1975 im Foyer des Funkhauses Hannover zu sehen war, fanden sich bis auf Organisationsschemata und Senderkarten keinerlei Hinweise auf den besonderen Charakter des NDR als einer Drei-Länder-Anstalt. So war es nur konsequent, daß in der gesamten Ausstellung kein Foto vom Hamburger "Hafenkonzert", das am 9. Juni 1929 auf dem

Dampfer "Antonio Delfino" Premiere hatte und zu einer der erfolgreichsten Sendungen des deutschen Rundfunks wurde, zu sehen war. Ebenfalls fehlte jegliches Foto aus den Anfangsjahren des NWDR-Fernsehens in Hamburg; erst am 1. Januar 1958 erhielt Hannover eine Fernsehredaktion, und das provisorische Fernsehstudio in Hannover wurde sogar erst am 16. Dezember 1960 eingeweiht. Statt die besondere Entwicklung Hannovers innerhalb der gemeinsamen Rundfunkgeschichte des norddeutschen Raumes hervorzuheben, verzichtete die Ausstellung im Funkhaus Hannover - wie die beiden Beispiele, die sich beliebig fortsetzen ließen, zeigen sollten - bewußt auf das Koordinatensystem "Rundfunk in Norddeutschland".

Auch in einem anderen Punkt unterschieden sich die beiden Ausstellungen. Während die Fragestellung der Hamburger Ausstellung "Wie fing es an?" lautete, hieß sie bei der Ausstellung in Hannover "Wie fing es an, und wo stehen wir heute?". Das zeigte sich unter anderem an den Schrifftafeln, auf denen nur die in Hannover ansässigen Redaktionen aufgeführt und deren Arbeitsgebiete beschrieben wurden. Das Fotomaterial stammte etwa zur Hälfte aus der Zeit nach 1945 und reichte bis in die jüngste Vergangenheit. Die technischen Geräte wurden um neueste Modelle (Kunstkopf-Stereophonie, moderne Stereoanlage, Farbfernsehgerät, Video-Recorder etc.) ergänzt. Auch in Hannover hatten die etwa 8000 Ausstellungsbesucher die Möglichkeit, Ausschnitte aus Hörfunksendungen des Funkhauses Hannover zu hören; die Gesamtdauer der Beiträge betrug etwa zwei Stunden. Daneben wurde ein Zusammenschnitt von Fernsehsendungen aus dem Funkhaus Hannover (Dauer etwa eine Stunde) dargeboten. Da die Ausstellung im Funkhaus stattfand, hatten Besucher darüber hinaus die Gelegenheit, die Regional-Hörfunksendungen "Funkbilder aus Niedersachsen" und "Umschau am Abend" direkt im Studio mitzuerleben. Außerdem standen Mitarbeiter des Funkhauses Hannover bereit, Fragen der Besucher zu beantworten. Das war bei der Hamburger Ausstellung wegen der räumlichen Trennung des Museums für Hamburgische Geschichte vom Funkhaus nicht möglich gewesen. Auch im Funkhaus Hannover lagen der Faltprospekt des NDR und die auf sechs Seiten angewachsene Chronik des Rundfunks in Hannover zum Mitnehmen bereit.

Anlässlich seines fünfundsiebzigjährigen Bestehens wird der Bezirk Schleswig-Holstein des Verbandes Deutscher Elektrotechniker vom 9. bis zum 25. Mai 1975 im Museum der Schleswig-Holsteinischen Landesbrandkasse in Kiel eine Ausstellung veranstalten, an der sich auch der NDR mit Teilen der in Hamburg gezeigten Ausstellung "50 Jahre Rundfunk in Norddeutschland" beteiligen wird; sie soll jedoch mit Bildmaterial aus dem schleswig-holsteinischen Raum angereichert werden. Höchstwahrscheinlich wird außerdem anlässlich des Rundfunkjubiläums am 7. März 1976 eine eigene größere Ausstellung in Kiel stattfinden, deren endgültige Konzeption sich erst nach Festlegung des Ausstellungsraumes entwickeln läßt. Soviel kann aber schon jetzt gesagt werden, daß die Ausstellung anders als in Hannover zwar die besondere regionale Entwicklung des Rundfunks in Kiel und in Schleswig-Holstein betonen, aber trotzdem deren Einbettung in die gemeinsame Rundfunkgeschichte des norddeutschen Raumes sichtbar machen wird.

Hans Bohrmann/Arnulf Kutsch:

RUNDFUNKWISSENSCHAFT IM DRITTEN REICH

Teil 1 - Vorgeschichte: Rundfunkforschung im Rahmen der Zeitungswissenschaft

Durch die Ausbreitung von Film und Rundfunk ergab sich für die Zeitungswissenschaft in den zwanziger Jahren die Frage, ob sie ihre Arbeit auch auf diese Medien der Kommunikation ausdehnen sollte. Karl Jaeger plädierte 1926 für die Überführung der Zeitungskunde zur publizistischen Wissenschaft. "Das Erkenntnisziel rückt damit von der Zeitung als Ausdrucksmittel des gesellschaftlichen Bewußtseins zur Mitteilung als Ausdrucksmittel des gesellschaftlichen Bewußtseins..." (1) Der Münchner Zeitungswissenschaftler Karl d'Ester, in jener Zeit der einzige etablierte Vertreter der Disziplin an den deutschen Hochschulen, greift diese Anregung Jaegers in seinen Rezensionen positiv auf, weil die Zeitung nur eine Form der Beeinflussung neben anderen darstelle. (2)

Allerdings besaß die Zeitungswissenschaft seinerzeit weder das methodologische Instrumentarium noch die personellen und materiellen Voraussetzungen, um neben Tagespresse, Fachpresse und Zeitschriften auch Film und Rundfunk in Forschung und Lehre zu vertreten. Hans Traub, Referent am Deutschen Institut für Zeitungskunde in Berlin, versucht als erster die Integration der neuen Medien in die Zeitungswissenschaft. (3) In der Perspektive der Publizistik gehörten die Medien der Kommunikation zusammen, wie Traub im Titel seiner Greifswalder Antrittsvorlesung sagt: "Zeitung, Film, Rundfunk - Die Notwendigkeit ihrer einheitlichen Betrachtung." (Berlin: Weidmannsche Buchhandlung 1933)

Im Sommersemester 1933, nach der "Machtergreifung" und der Bildung des "Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda" (RMVP), bilden sich an den zeitungswissenschaftlichen Instituten meist von den Fachschaften der Deutschen Studentenschaft unter Beteiligung des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes (NSDStB) Arbeitsgemeinschaften, die sich Film und Rundfunk widmen. In Berlin, Leipzig, München und Heidelberg entstehen an den Instituten Abteilungen für Rundfunkforschung. Werner Rings umschreibt für die Heidelberger Studenten deren Aufgaben: "Inhalt und Form der Programmgestaltung, Wirkungsbereich und öffentliches Echo des Rundfunks, Organisation des Rundfunkwesens, Technik, Geschichte des Funkwesens." (4) Gegenüber diesen Arbeiten trat der Film, wohl wegen seiner im Vergleich

- 1.) Karl Jaeger: Von der Zeitungskunde zur publizistischen Wissenschaft, Jena: Gustav Fischer 1926, S. 67; Sperrung im Original.
- 2.) Karl d'Ester: Von der Zeitungskunde zur publizistischen Wissenschaft, in: Zeitungs-Verlag 27. Jg.(1926), Nr. 40, Sp. 2111-2113.
- 3.) Hans Traub: Grundbegriffe des Zeitungswesens, Stuttgart: Poeschel 1933, S. 7f.
- 4.) Rundfunk als Forschungsgebiet, in: Funk Jg. 1933, Nr. 11 (10.3.), S. 41f. - Vgl. ferner: Werner Rings: Wirkungsforschung als neue Einordnung der Rundfunkprobleme, ebda Nr. 30 (21.7.1933), S. 117f und ders.: Versuch einer Rundfunkforschung, in: Rufer und Hörer, 3. Jg. (1933), Nr. 4, S. 188f.

zum Rundfunk geringer eingeschätzten propagandistischen Bedeutung, kaum hervor. (5)

Karl d'Ester greift die Anregungen von Hans Traub auf. "Er (Traub; eig. Anm.) tritt mit Recht dafür ein, daß nicht eine isolierte Film- oder Rundfunkwissenschaft entstehe, sondern ... daß auch in Zukunft unter Zeitungswissenschaft ... Filmkunde, Rundfunkkunde u.ä. gelehrt werden solle." (6) In den theoretischen Konzepten einer einheitlichen Publizistik, die die d'Ester-Schüler Heinrich Arimond und Joseph H. Krumbach (7) vorlegen, wird der Versuch unternommen, die Zeitungswissenschaft in eine Propagandawissenschaft zu transformieren, die auch den Rundfunk einbegreift. Obwohl in den folgenden Jahren noch einige Rundfunkdissertationen von Karl d'Ester angenommen worden sind, hat das Thema Rundfunk weder die Arbeit des Münchner Zeitungswissenschaftlichen Instituts noch die Themenstellung d'Esters selbst beeinflußt. Schwieriger lagen die Verhältnisse am Berliner Institut. Emil Dovifat, sicher durch seine Mitarbeiter des letzten Weimarer Jahre, Hans A. Münster und Hans Traub, beeinflußt, schlägt in der Fachzeitschrift "Zeitungswissenschaft" (1934) die Erweiterung der zeitungskundlichen zur allgemein-publizistischen Lehre und Forschung (8) vor. Auch nach dem Ausscheiden Traubs (9) und dem Weggang Münsters (10) bleibt der Rundfunk ein Seitenthema der Institutsarbeit. Dovifats späterer langjähriger Mitarbeiter Gerhard Eckert promovierte und habilitierte in Berlin über Rundfunkthemen. (11)

Der Leipziger Institutsleiter Hans A. Münster hat den Aufbau einer Publizistikwissenschaft am konsequentesten verfolgt. (12) Münster faßte "die Zeitungswissenschaft als Kern einer Wissenschaft auf, die den Gesamtbereich der Publizistik und Propaganda unter besonderer Berücksichtigung der Presse zu betreuen hatte." (13) "Vor allem auf Drängen der Studentenschaft ist es ... zur Gründung besonderer

-
- 5.) Hans Traub erwähnt eine Filmarbeitsgemeinschaft an der Berliner Universität im SS 1933 und WS 1933/34: Hans Traub, Der Film als politisches Machtmittel, München: Münchener Druck- und Verlags-haus 1933, S. 36.
 - 6.) in einer Rezension zu Traubs Antrittsvorlesung: Zeitung, Film und Rundfunk. Die Notwendigkeit ihrer einheitlichen Betrachtung, Berlin: Weidmannsche Buchhandlung 1933 in: Zeitungswissenschaft 8. Jg. (1933), Nr. 4, S. 270f.
 - 7.) Heinrich Arimond: Einführung in die Wissenschaft von der Publi-zistik auf sozialpsychologischer Grundlage, Phil. Diss. München 8. Jg. (1933), Nr. 4, S. 270f.
 - 7.) Heinrich Arimond: Einführung in die Wissenschaft von der Publi-zistik auf sozialpsychologischer Grundlage, Phil. Diss. München 1933, München 1935 (= Zeitung und Leben Bd. 20); Josef H. Krum-bach: Grundfragen der Publizistik, Berlin: de Gruyter 1935 - Beide Manuskripte waren 1933 abgeschlossen.
 - 8.) so der Titel seines Aufsatzes im 9. Jg. (1934), Nr. 1, S. 12-20
 - 9.) Aus "rassischen" Gründen wurde Traub auch von seiner Greifswalder Privatdozentur verdrängt.
 - 10.) Münster übernahm 1933 zunächst kommissarisch das Leipziger Institut und Ordinariat.
 - 11.) Gerhard Eckert: Gestaltung eines literarischen Stoffes in Ton-film und Hörspiel, Phil. Diss. Berlin 1936; ders.: Der Rundfunk als Führungsmittel, Berlin Phil. Habil. Schr. 1941.
 - 12.) vgl.: Hans A. Münster: Publizistik. Menschen - Mittel - Methoden, Leipzig: Bibl. Institut 1939 (= Meyers Kleine Handbücher Bd. 17).
 - 13.) Hans A. Münster: 25 Jahre Institut für Zeitungswissenschaft an der Universität Leipzig (1916-41). Beilage zu "Unsere Brücke", Feldpostzeitung der Leipziger Zeitungswissenschaftler, 2. Jg. (1941) S. 27

Abteilungen für den Rundfunk und den Film gekommen, die - wie bei neuen Wissenschaftszweigen meist - erhöhtes Interesse in der Öffentlichkeit fanden. Die Folge davon war, daß schließlich der Eindruck entstand, die Zeitungswissenschaft würde von den neuen Zweigen an die Wand gedrückt." (14)

Diese Andeutungen sind schwer zu verstehen. Sie müssen mit der Politik und mit den Maßnahmen des Deutschen Zeitungswissenschaftlichen Verbandes (DZV) zusammengesehen werden. Der DZV war der Zusammenschluß der andern zeitungswissenschaftlichen Instituten bereits bestehenden oder nach der Gründung des Verbandes geschaffenen Zeitungswissenschaftlichen Vereinigungen. Diese Vereinigungen umfaßten neben den Studierenden auch die Lehrenden der Institute sowie praktizierende Journalisten und standen neben dem NSDStB bzw. der Deutschen Studentenschaft und dem NS Dozentenbund. Präsident des DZV wurde auf der Gründungsversammlung am 22.6.1933 Geheimrat Prof. Dr. Walther Heide, Berlin, der ihn bis zum Ende des NS-Regimes nach dem "Führerprinzip" leitete.

Heide war (mit Karl d'Estes) Gründer und Herausgeber der Fachzeitschrift "Zeitungswissenschaft". Bis 1933 in der Presseabteilung der Reichsregierung, die im Auswärtigen Amt ressortierte, war er nach der "Machtergreifung" während des Aufbaus des Propagandaministeriums stellvertretender Reichspressechef und nahm dann Sonderaufgaben der auswärtigen Pressepolitik (Herausgabe offiziöser Korrespondenzen bes. für auslandsdeutsche Zeitungen) wahr. 1933 erhielt er eine Honorarprofessur an der TH Berlin-Charlottenburg, die er allerdings wegen starker beruflicher Belastungen nicht versah. Heide, der von Beginn an die Selbstbeschränkung der Zeitungswissenschaft auf den Gegenstand Presse für richtig hielt, fand die rundfunkwissenschaftlichen Abteilungen an den Instituten bereits vor, als er sein Amt antrat. Sein Bestreben war in der Folge darauf gerichtet, der Zeitungswissenschaft die wissenschaftsorganisatorische Anerkennung als Hauptfach und zugleich ihre Praxisrelevanz als erste Ausbildungsphase für Schriftleiter (d.h. Verkürzung des Volontariats für ZW-Absolventen) zu verschaffen. Deshalb hatte er erfolgreich versucht, in die Durchführungsverordnung zum Schriftleitergesetz vom 19.12.1933 (15) die vom Schriftleitergesetz geforderte fachliche Vorbildung auf ein mindestens 6-semesteriges Studium der Zeitungswissenschaft zu konkretisieren. An Heides Absicht, die Ausdehnung auf eine allgemeine Publizistikwissenschaft zu verhindern, ändert auch die im amtlichen Lehrplan (1935) (16) aufgeführte Vorlesung des 1. Semesters: "Die publizistischen Führungsmittel" wenig. Diese

14.) ebda. S. 27f.

15.) Hans Schmidt-Leonhardt und Peter Gast: Das Schriftleitergesetz vom 4. Oktober 1933. Kommentar, Berlin: Heymann 1934, S. 196 ff., der herangezogene Paragraph 18, Abs. 2, S.206.

16.) Vgl. den Abdruck des 1934 im DZV erarbeiteten Lehrplans, der vom Reichserziehungsministerium unter dem Datum des 30.4.1935 im Einvernehmen mit dem Propagandaministerium genehmigt und damit verbindlich gemacht wurde, in: Zeitungswissenschaft 10. Jg. (1935), Nr. 6, S. 288-290.

Themenformulierung war eine Konzession an die Vertreter der Publizistik, die Heide in der politischen Aufbruchstimmung des Jahres 1933/34 hinnehmen mußte, zumal auch im Propagandaministerium Hans A. Münsters Position nicht ohne Resonanz blieb. Nachdem der Lehrplan verabschiedet und genehmigt worden war, bestand nun für Walther Heide die Chance, die ungeliebte Rundfunkforschung abzubauen. Hans A. Münster schreibt: "Wenn ... auch ... die Beschäftigung mit der Presse ... immer im Vordergrund und Mittelpunkt der Arbeit des (Leipziger) Instituts blieb, sah sich der Präsident des Deutschen Zeitungswissenschaftlichen Verbandes im Jahre 1936 doch gezwungen, die Institute darauf hinzuweisen, daß sie sich in Zukunft lediglich noch mit der Presse befassen möchten, damit die neue Wissenschaft sich nicht ins Uferlose erweitern könnte und die wichtigen Aufgaben der Presse vernachlässigt würden".(17)

Die Zeitungswissenschaft zog sich vom Gegenstand Rundfunk zurück. Dieser Rückzug ist offenbar durch das Propagandaministerium gedeckt (18) und fällt in den Zeitraum, in dem dort nach langen inneren Diskussionen und Positionskämpfen dem Rundfunk ein größeres Gewicht bei der staatlichen Propaganda zugemessen wird als der Presse. (19)

In den folgenden Jahren entwickelte sich die Rundfunkwissenschaft als selbständige Disziplin auf der Basis einer Arbeitsstelle mit Lehrauftrag an der Universität Berlin und als Lehrauftrag in Leipzig mit einem rundfunkwissenschaftlichen Apparat (beides in Personalunion von Dr. Kurt Wagenführ wahrgenommen) und an der Universität Freiburg/Br. im 1940 gegründeten Institut für Rundfunkwissenschaft (Leitung: Prof. Dr. Friedrichkarl Roedemeyer).

(Fortsetzung folgt)

-
- 17.) Hans A. Münster: 25 Jahre Institut für Zeitungswissenschaft ... (Anm. 13), S. 28.
- 18.) so spricht Heide auf der Tagung des DZV 1937 "Entgegen gewissen Bestrebungen, unsere Zeitungswissenschaft über den amtlichen Lehrplan hinaus auf eine 'Wissenschaft von der Publizistik' ... auszuweiten, ... möchte ich hier in vollem Einvernehmen mit den zuständigen Stellen wiederholen, was ich schon seit Jahren als Richtschnur unserer Arbeit herausgestellt habe: Von der Presse her sind wir gekommen und bei der Presse bleiben wir." in: Zeitungs-Verlag 38. Jg. (1937), Nr. 50, S 764.
- 19.) vgl. dazu: Heinz Pohle: Der Rundfunk als Instrument der Politik, Hamburg: Hans Bredow-Institut 1955, S. 241f.
- 19.) vgl. dazu: Heinz Pohle: Der Rundfunk als Instrument der Politik, Hamburg: Hans Bredow-Institut 1955, S. 241f.

EINE DISSERTATION UND IHR REZENSENT

Als Buch erschien die Mainzer phil. Dissertation von Heribert Schwan "Der Rundfunk als Instrument der Politik im Saarland 1945-1955" 1974 unter dem gleichen Titel im Volker Spieß Verlag Berlin (Beiträge zur Medientheorie und Kommunikationsforschung Bd. 11). Die Rezension durch Klaus Altmeyer in "Saarheimat - Zeitschrift für Kultur, Landschaft, Volkstum Nr. 11-12/74" hat nicht nur den Widerspruch des Verfassers hervorgerufen, der den Empfängern einer Abschrift der Rezension in einer nur wenig verbreiteten Zeitschrift eine Erwiderung zusandte, sondern auch anderer Mitglieder des Studienkreises. Einer von ihnen stellte intern die Frage: "Wie frei ist der Studienkreis?" Die Redaktion antwortet darauf mit dem Abdruck der Rezension von Klaus Altmeyer, der Leiter der Pressestelle des Saarländischen Rundfunks ist, und einer Stellungnahme von Winfried B. Lerg. Beidem sollen in Nr. 4 eine gutachtliche Äußerung eines namhaften Wissenschaftlers, der nicht Mitglied des Studienkreises ist, und ein Aufsatz von Studienkreis-Mitgliedern folgen, die sich mit dem sachlichen Hintergrund der Kontroverse beschäftigen: wo liegen die Probleme des Verhältnisses zwischen der rundfunkgeschichtlichen Forschung einerseits, den Rundfunkanstalten andererseits, ohne deren Unterstützung sich Rundfunkgeschichte schwerlich treiben läßt?

Klaus Altmeyer:

Hörfunk und Politik im Saarland der Nachkriegsjahre

Die politische Rolle einer publizistischen Institution während der Zeit der zweiten Saarabtrennung von 1945 bis 1955 ist ein interessantes Thema und zugleich wegen der Fülle des zu bearbeitenden Materials eine umfangreiche Aufgabe. Sie durch eine "historisch-politische Untersuchung" zu lösen, hat sich ein Doktorand der Mainzer Universität vorgenommen. Nach einer "Skizze der Saarpolitik" befaßt sich Heribert Schwan auf 150 Seiten mit der Organisation, der Personalpolitik sowie der Programmstruktur und den Sendungen von Radio Saarbrücken und der Rechtsnachfolgerin ab 1952 "Saarländischer Rundfunk GmbH".

Zwanzig Jahre nach der Volksbefragung 1955 werden in Saarbrücken bereitwillig die Archive zugänglich gemacht, und die handelnden Personen geben freimütig Auskünfte. Der Autor hat die umfangreichen Zwanzig Jahre nach der Volksbefragung 1955 werden in Saarbrücken bereitwillig die Archive zugänglich gemacht, und die handelnden Personen geben freimütig Auskünfte. Der Autor hat die umfangreichen Schrift- und Tonquellen des Saarländischen Rundfunks, die Archivunterlagen der Staatskanzlei und verschiedener Persönlichkeiten durchgearbeitet und darüber hinaus fast 100 Einzelinterviews durchgeführt. Bei dieser Mühe ist es schade, im zusammenfassenden Urteil festzuhalten, daß man von der vorgelegten Monographie mehr erwartet hätte. Mehr Klarheit, mehr Genauigkeit und mehr Erkenntnisse zum Thema.

Die Klarheit fehlt schon im Aufbau. Die politische Skizze von 26 Seiten Umfang ist in sieben Kapitel unterteilt. Die Darstellung der Kommunikationspolitik von 150 Seiten - im übrigen übergangslos sich anschließend - nur in fünf Kapiteln ungenau gegliedert. Die Klarheit fehlt auch beim Gesamtverständnis für das Thema. Es fehlt nämlich eingangs der deutliche Hinweis, daß die französische Besatzungsmacht auf den Resten des Reichssenders Saarbrücken (1935-1945) aufbauend in Saarbrücken eine Rundfunkanstalt 1946 ins Leben gerufen hat, die

verständlicherweise nach dem Rundfunksystem im französischen Mutterland ausgerichtet wurde, und daß die französische Besatzungsmacht sich eigentlich erst im Jahre 1955 aus der Rundfunkorganisation im Saarland zurückgezogen hat. Erst nach diesem grundsätzlichen Hinweis erhalten alle folgenden Aussagen ihren angemessenen Stellenwert. Radio-Télévision Française, abgekürzt RTF und nicht laut Schwan ORF, war von 1945 bis 1964 eine Verwaltungsabteilung eines Ministeriums und dem Haushalt und Stellenplan nach von der Regierung abhängig. Erst 1964 entstand ORTF als öffentlich-rechtliche Einrichtung mit eigenem Budget. Peter Scholl-Latour spricht von einer "ständigen Regierungskontrolle bei ORTF, von der selbst die interventionsfreudigsten deutschen Politiker in den Rundfunkgremien nicht zu träumen wagen." Im Schatten der französischen Rundfunkverfassung ist es für die Saarbrücker Anstalt nicht verwunderlich, wenn sie von Wiederbeginn im März 1946 an in "Regierungsnähe" operiert hat. Zunächst gab es nur die französische Militärregierung. 1948 kam die autonome Saarregierung hinzu. Beide waren durch Verfassung und Konventionen auf den wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich und auf die Autonomie des Saarlandes festgelegt. Der Programmauftrag von Radio Saarbrücken war demnach auch umrissen: Einfluß auf die politische Bewußtseinsbildung der Bevölkerung im Sinne der Autonomie.

Die Redakteure und Programmitarbeiter von Radio Saarbrücken konnten sich nicht auf Sendegrundsätze berufen, wie sie ihre Kollegen von Radio Bremen (amerikanische Zone) im Rundfunkgesetz von 1948 verbrieft hatten: "Die Gestaltung der Sendungen muß frei sein von der Beeinflussung durch die Regierung oder durch politische, wirtschaftliche, religiöse und andere Interessengruppen." Schwan erweckt in seinen Ausführungen verschiedentlich den Eindruck, die Mitarbeiter des Senders hätten Gesinnungspublizistik betrieben. Ohne nähere Begründung bezeichnet er in seiner wissenschaftlichen Arbeit ehemalige Chefredakteure als "Verbrecher" und "Handlanger". Er hätte besser in diesem Zusammenhang auf die grundsätzliche Weisung von Generaldirektor Frédéric Billmann hingewiesen, die Nachrichtenredaktion dürfe aus Saarbrücken kommende dpa-Meldungen zur Saarfrage nicht zur Abfassung der Nachrichten benutzen.

Bedauerlicherweise äußert sich Schwan in seiner Arbeit nicht deutlich genug zum gesamten Kommunikationssystem im Saarland und der Rolle der Rundfunkanstalt innerhalb dieses Systems. Man kann allgemein davon ausgehen, daß trotz des zahlenmäßig großen Angebots von Zeitungen genug zum gesamten Kommunikationssystem im Saarland und der Rolle der Rundfunkanstalt innerhalb dieses Systems. Man kann allgemein davon ausgehen, daß trotz des zahlenmäßig großen Angebots von Zeitungen und Zeitschriften, die im Lande selbst erschienen (1952: 111 Titel), ein zentralgeleitetes Kommunikationssystem bestanden hat. Rundfunk und Zeitungen waren bis auf wenige unbedeutende Ausnahmen (KP-Zeitung "Neue Zeit") unter Kontrolle der offiziellen französischen Vertretung im Saarland, der autonomen saarländischen Regierung oder der sie tragenden Parteien.

So sehr genau nimmt es der Autor nicht mit Namen und Institutionen. Es würde zuweit führen, alle Ungenauigkeiten hier anzuführen. Ein Zitat und die Geschichte vom illegalen Sender seien von dieser Einschränkung ausgenommen. Schwan stellt auf S. 138 "empirische Thesen zu den Nachrichtensendungen" auf. Es heißt dort: "1. Sprache und Stil der Nachrichten waren unbefriedigend. Betrachtet man die Nachricht unter dem Gesichtspunkt sprachlicher und stilistischer Aspekte, so kann man feststellen, daß Begriffe mißverständlich gebraucht wurden und daher klare Sachbezeichnungen fehlten ..."

Laut Schwan gab es 1955 einen illegalen Sender (S. 181): "Etwa sechs bis acht Wochen lang vor dem Referendum warb ein illegaler Propagandasender für das europäische Statut der Saar." Alle versierten Kenner der Saarverhältnisse wurden durch diesen Hinweis überrascht, denn niemand hatte diesen Sender jemals gehört. Selbst die namentlich aufgeführten Persönlichkeiten, die laut Schwan "die Empfangsqualität des ausgestrahlten Programms in verschiedenen Wohnungen" geprüft haben, waren überrascht, weil sie nie etwas von dem "illegalen Sender" gehört hatten. Nur ein Vorstandsmitglied der Europa-Union kann sich heute auf dieses Unternehmen besinnen. Das Sekretariat der Europa-Union sollte Nachrichten liefern. Der Urheber des "illegalen Senders", ein Rundfunktechniker, teilte auf direkte Befragung mit, es habe sich um eine "rein private Aktion" gehandelt. Man muß nur zwanzig Jahre nachher einen Doktoranden finden, der sie ohne ausreichende Rückversicherung und Prüfung als "Staatsaktion" übernimmt.

Winfried B. Lerg:

WAS SOLL DAS?

Eine wahre Begebenheit aus der rundfunkhistorischen Provinz.

Da setzt sich ein Student der Politikwissenschaft hin und untersucht einen wichtigen Abschnitt in der neueren Geschichte einer Rundfunk-einrichtung unseres Landes. Seinen Befund legt er als Dissertation vor. Mit den nicht unkritischen, doch insgesamt zustimmenden Gutachten des Referenten Hans Buchheim (Politik) und des Korreferenten Winfried B. Lerg (Publizistik) wird die Arbeit angenommen und der Kandidat damit promoviert. Er bedankt sich artig bei allen Mitwirkenden - auch bei jener Rundfunkeinrichtung, die ihm Einblick in einschlägige Akten gewährt hatte (wenngleich einige vorhandene Akten merkwürdigerweise niemals greifbar waren), findet einen interessierten Verleger und veröffentlicht seine wissenschaftliche Studie. Alle scheinen zufrieden: Der Rundfunkforscher ob seiner akademischen Inauguration und die Rundfunkforschung ob ihrer ersten historisch-politischen Erkenntnisse über einen wichtigen Abschnitt in der jüngeren Geschichte einer Rundfunkeinrichtung. In der Presse und im Äther lassen sich wohlwollende bis lobende Rezensenten vernehmen.

Doch dieses traute Bild des Friedens trügt. Aus den Kulissen der Äther lassen sich wohlwollende bis lobende Rezensenten vernennen!

Doch dieses traute Bild des Friedens trügt. Aus den Kulissen der Pressestelle jenes Rundfunkhauses, dessen Geschichte über ein politisch und publizistisch nicht eben leuchtendes Jahrzehnt beschrieben und beurteilt worden ist, tritt mit einem Mal der journalistische Rächer. In einem regional-kulturellen Monatsblatt fordert und erhält er 2 1/2 Spalten für sein Scherbengericht im Rahmen dessen, was er wohl für sein rundfunkhistorisches Gewissen hält. In Briefen an Intendanten und Wissenschaftler verschafft er seiner Buchbesprechung einer Dissertation noch einmal größere Publizität und besonderen Nachdruck.

Indes, wer das flammende Traktat liest, spürt bald, daß sich die rühmende Klio sichtlich betreten von ihrem eilfertigen Tugendretter abgewandt haben muß, noch ehe sie ihm den Verstand schärfen und das Herz zu erwärmen vermochte, denn nicht historische Kritik, sondern bloße besserwisserische Schimpfe und zänkische Urteilsschelte schreibt sich der verbissene Rezensent von der Seele.

Da wird zwar mit der Gönnermiene des in der Pressestellenarbeit bei Parteien, Behörden und Rundfunkanstalten ergrauten Endvierzigers der Fleiß gelobt, mit der der aufmüpfige Jungforscher vorgegangen sei, doch gleich drauf wird geklagt, man habe "mehr Klarheit, mehr Genauigkeit und mehr Erkenntnisse zum Thema" erwartet. Mit derlei umwerfend präzisen Ansprüchen an eine wissenschaftliche Untersuchung verpatzt sich der heimatkundliche Bücherschauer die letzte Gelegenheit, sein Angriffsziel im Visier zu behalten; von nun an sind fast alle Argumente verwackelt. Abgesehen einmal von dem mutwilligen Verfahren, dem Autor zahlreiche sachliche Fehler vorzuwerfen, die weder im Text noch im Kontext zu entdecken sind, gipfelt die putzige Beckmesserei in der Anführung von zwei aus dem Zusammenhang gelösten Textfragmenten, mit der offenbar der Leserschaft die erschreckende geistige Abseitigkeit eines heutigen Doktoranden vor Augen geführt werden soll. Selbstverständlich gibt es in der inkriminierten Studie - wie in jeder größeren Arbeit - ein paar Irrtümer und Verwechslungen, über die erfahrene Rezensenten wissenschaftlicher Literatur kein Wort verlieren, es sei denn in einem persönlichen Brief an den Verfasser.

Wenn Fehler genannt und hochgejubelt werden, die ein Verfasser gar nicht gemacht hat, dann stimmt ein solches Verfahren jedoch bedenklich. Die angeführten Textfragmente sprechen ebenfalls nicht gerade für einen kundigen Rezensenten, denn das erste Zitat sagt eher etwas über die Einstellung des Rezensenten zur empirischen Aussageanalyse als über die Inhaltsforschung des Autors. Das zweite Zitat wird gewissermaßen als Popanz auf eine Stange gespießt, kann jedoch mit einigen blinden Rundschlägen nicht getroffen und erledigt werden. Es ist schon eine nicht mehr ganz faire Methode, wenn ein Rezensent einem Autor ohne harte Beweise unterstellt, er habe bei der Schilderung eines Sachverhalts seiner Phantasie ungezügelter Lauf gelassen und bei der Beurteilung den kritischen Gestus überstrapaziert. Rezensenten wissen wohl, daß sie auf dem engen Raum ihrer wenigen Zeilen einer Bücherschau mit der Alleinstellung und mit einigen rhetorischen Kniffen eine insgesamt ausgewogene, wohl recherchierte und im Urteil zurückhaltende wissenschaftliche Untersuchung, die zudem auch noch die erste auf ihrem Feld darstellt, ohne allzu große intellektuelle Anstrengung in die Pfanne hauen können.

Merke: "Der Saarländische Rundfunk ist vor der Landesuniversität und vor dem Staatstheater als das größte Kulturinstitut im Lande zu betrachten" (Saarbrücker Bergmannskalender 1974 S. 132).

Merke: "Der Saarländische Rundfunk ist vor der Landesuniversität und vor dem Staatstheater als das größte Kulturinstitut im Lande zu betrachten" (Saarbrücker Bergmannskalender 1974, S. 132).

BIBLIOGRAPHIE

Das Feld der Rundfunkforschung wird nicht nur von Dissertationen beachtet. Beachtenswerte wissenschaftliche Ergebnisse fördern auch Diplom-, Magister- und Staatsexamensarbeiten zutage, deren Themen später in Dissertationen vertieft werden. Geschichtliche Arbeiten stehen neben politikwissenschaftlichen oder pädagogischen. Die Berichterstattung wird in Zukunft auch diese Art von Arbeiten regelmäßig berücksichtigen.

An dieser Stelle sei nochmals ein Appell zur Mitarbeit an der Bibliographie an alle diejenigen gerichtet, die etwas über in Arbeit befindliche bzw. fertiggestellte Dissertationen oder sonstige wissenschaftliche Arbeiten mitzuteilen wissen. Gleichzeitig sei denjenigen Damen und Herren gedankt, die bereits Abstracts zum Abdruck zur Verfügung gestellt haben.

Ansgar Diller

3. DIPLOM-, MAGISTER-, STAATSEXAMENSARBEITEN

ARMBRUSTER, Hans Jörg	Mittel zur Verwirklichung krimineller Ziele in amerikanischen und deutschen Fernsehkrimalfilmen	Köln Dipl 1973
GLOWCZEWSKI, Georg von	Vom Wellenplan zum Wellenchaos - Europäische Mittelwellenproblematik 1948-1972	Berlin MA 1973
HITZER, Myriam M.	Der Wandel der politischen Bildung im Schulfunk. Eine medien- didaktische Analyse am Beispiel des Südwestfunks 1960-1972	Konstanz MA 1974
JUNGFER, Antje	Das Programm der Deutschen Welle, untersucht am Beispiel der Latein-	Berlin MA 1970
JUNGFER, Antje	Das Programm der Deutschen Welle, untersucht am Beispiel der Latein- amerika-Abteilung 1967-1969	Berlin MA 1970
LINDNER, Iris	Vergleich der Sendung "Das Sand- männchen" der ARD und "Unser Sandmännchen" des Deutschen Fern- sehfunks in der Zeit vom 1.2.- 15.2.1970	Berlin MA 1971
LOHMANN, Bettina	Untersuchung eines Schulfernseh- projekts von Radio Bremen für den Zeitraum Januar bis April 1970	Berlin MA 1970
MASSENBACH, Bechtold von	Der Staatsvertrag über den Süd- westfunk und seine Vorgeschichte	Tübingen St 1974

MAYER, Gerhard	Probleme der öffentlichen Kommunikation durch Satellitenübertragung	Nürnberg MA 1973
METTLER, Barbara	Die amerikanische Rundfunkpolitik als Teil der amerikanischen Besatzungspolitik in Deutschland in den Jahren 1945-1949	Konstanz MA 1971
RUOFF, Robert	Zum Bewußtsein von Rundfunkjournalisten. Überlegungen zu Kategorien der Gesellschaftsanalyse als Instrument zur Untersuchung der Bewußtseinsbildung	Berlin MA 1972
SACK, Marie Helge	Science-fiction als Radiospiel	Heidelberg St 1974
SCHOLL, Robert	Untersuchung über das Rundfunkfreiheitsverständnis der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland	Berlin Dipl 1970
SCHOLTISSEK, Horst	Die Entwicklung des Süddeutschen Rundfunks 1945-1952	Regensburg Dipl 1974
SPRENGER, Werner	Vier Darstellungen konzertanter Musik im Fernsehen. Analyse und Kritik	Berlin MA 1971
TAUCHERT, Michael	Methodik der Fernsehanalyse am Beispiel der Hauptnachrichtensendungen der ARD und des ZDF	Berlin MA 1973
VIETS, Ernst Wilhelm	Der Nord- und Westdeutsche Rundfunkverband: Fünf Jahre zwischen Zentralisierung und Regionalismus. Eine Untersuchung zur Organisationsgeschichte des Rundfunks in Nordwestdeutschland.	Hamburg St 1974

Nordwestdeutschland.

GLOWCZEWSKI, Georg von
Vom Wellenplan zum Wellenchaos - Europäische Mittelwellenproblematik 1948 - 1972
Berlin: MA 1973

Die Arbeit führt in die technischen und juristischen Definitionen über die Mittelwelle und in die Notwendigkeit einer Wellenordnung nach dem Zweiten Weltkrieg ein. Vorgeschichte, Verlauf und die Beschlüsse der Wellenkonferenz von Kopenhagen 1948 und die Konsequenzen für die Rundfunkversorgung in Deutschland werden dargestellt. Da seit Inkrafttreten des Wellenplans 1950 sich die Anzahl der Sender in den traditionellen Wellenbereichen, MW und LW, sowie die Sendeleistung beträchtlich vermehrt hat, mußten Bemühungen unternommen werden, den Rundfunkempfang zu verbessern (UKW) und ein Wellenchaos zu verhüten. Daß der Kopenhagener Plan heute nur

noch von wenigen Wellenbenutzern eingehalten wird, hat ökonomische und politische Ursachen: den Kalten Krieg der fünfziger und sechziger Jahre mit seinen Stör- und Propagandasendern, die Kommerzialisierung und Politisierung des Rundfunks sowie das erstarkende Selbstbewußtsein der jungen arabischen und afrikanischen Nationalstaaten seit der Mitte der sechziger Jahre. Nur eine radikale Neuordnung, die eine Anpassung der Programme an die physikalischen Eigenschaften der Wellenbereiche und ein Überdenken der Rundfunkpolitik einschließt, kann hier Abhilfe schaffen. Die Arbeit versteht sich als Kritik an den erstarrten Rundfunkstrukturen und als Lösungshilfe im Hinblick auf die 1974/75 stattfindende Wellenkonferenz in Genf. G.G.

VIETS, Ernst-W.

Der Nord- und Westdeutsche Rundfunkverband: fünf Jahre zwischen Zentralisierung und Regionalismus.

Eine Untersuchung zur Organisationsgeschichte des Rundfunks in Nordwestdeutschland.

Hamburg: St 1974

Der Nord- und Westdeutsche Rundfunkverband (NWRV) entstand im Zuge der Auflösung des NWDR als eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, der die neu gegründeten Rundfunkanstalten NDR und WDR als Mitglieder angehörten. Dem Dachverband wurden die Aufgaben des Fernsehens sowie weitere Aufgaben aus den Bereichen Sendetechnik und Rechtsvertretung übertragen. Theorie des Staatsvertrags und NWRV-Praxis in den Jahren 1956 bis 1961 sind in der Untersuchung zur Organisationsgeschichte des Verbandes vor dem rundfunkpolitischen Hintergrund einander gegenübergestellt. Organisatorisch und personell eng mit dem NDR und dem WDR verknüpft, war der NWRV schon durch die Bestimmungen des Staatsvertrags dem Zugriff der Rundfunkanstalten und - dadurch vermittelt - insbesondere dem nordrhein-westfälischen Emanzipationsstreben ausgesetzt. Zu keiner Zeit erfüllte der NWRV sämtliche durch den Staatsvertrag vorgeschriebenen Aufgaben. Nach einer Reihe offener Vertragsverletzungen durch Beschlüsse des NWRV-Kuratoriums bestand der NWRV seit 1958 nur noch auf dem Papier. Diese vorzeitige De-facto-Auflösung war möglich, weil der NWRV nicht zum Gegenstand parteipolitischer Auseinandersetzungen wurde und sich die vorgesehenen Maßnahmen zur Rechtsauf- auf dem Papier. Diese vorzeitige De-facto-Auflösung war möglich, weil der NWRV nicht zum Gegenstand parteipolitischer Auseinandersetzungen wurde und sich die vorgesehenen Maßnahmen zur Rechtsauf- sicht als ineffektiv erwiesen. Damit blieb der NWRV eine pragmatische Übergangslösung in einer Phase begrenzter räumlicher und technischer Kapazität des Kölner Fernsehens - mit dem Nebeneffekt eines internen Finanzausgleichs zwischen West und Nord. E.-W.V.

KLENKE, Klaus

Das journalistische Selbstverständnis in seinem soziologischen Bedeutungszusammenhang

Dargestellt an einer Abteilung des Westdeutschen Rundfunks Köln.

Bochum: Diss.phil. 1970

Grundlage für die Ergebnisse der empirischen Arbeit waren Einzelinterviews mit festangestellten und freien redaktionellen Mitarbeitern einer Abteilung des Westdeutschen Rundfunks, die im Frühjahr 1969

durchgeführt wurde.

Der Autor versucht auf dem Sektor "Kommunikationsforschung" mit Hilfe von Einzelinterviews, aber auch der Darstellung eigener Erfahrungen mit praktischer Rundfunkarbeit das journalistische Selbstverständnis innerhalb einer Rundfunkanstalt zu interpretieren. Der Autor beschreibt allgemeine Einstellungen und Erfahrungen von Rundfunkjournalisten, um mit diesem Material zu einer Typologie journalistischen Verhaltens zu kommen. Als strukturelle Merkmale dieser Typologie werden genannt: Die journalistische Arbeit in einem Funkhaus vollzieht sich nach psychodynamischen Gesetzmäßigkeiten, die sich dem einzelnen Journalisten diffus und konfliktbehaftet in dem Begriffsfeld von "Kooperation" und "Konkurrenz" darstellen.

Kooperative und konkurrierende Elemente schließen sich nicht gegenseitig aus; ihr Verhältnis zueinander ist vielmehr dadurch gekennzeichnet, daß Rundfunkjournalismus sich in der täglichen Arbeit als eine Kooperation überlagerter Konkurrenz darstellt. Auf diese Weise entstehen Konflikte, auf die der einzelne Journalist mit Verarbeitungs- und Vermeidungsstrategien - die im einzelnen beschrieben werden - individuell reagiert. Die jeweiligen Endpunkte dieser Strategienskala sind auf der einen Seite durch das Stichwort "opportunistische Konfliktvermeidung als Selbstzweck" und auf der anderen Seite als "kritische Konfliktvermeidung als Ergebnis inhaltlicher Auseinandersetzungen" gekennzeichnet. Die gesamte Arbeit stützt sich auf umfangreiches empirisches Material. Kl.K.

Wolf Bierbach:
DIE RUNDFUNKREFORMVORSCHLÄGE SEVERINGS

Auf der Jahrestagung des Studienkreises in München im Oktober des vergangenen Jahres stieß das Referat "Die Rundfunkreformvorschläge von Reichsinnenminister Carl Severing. Neue Aspekte zur Rundfunkpolitik der SPD" z.T. auf Kritik, und in einem in epd "Kirche und Rundfunk" (Nr. 72 v. 26.10.1974, S. 3f) veröffentlichten Bericht meinte Ansgar Diller feststellen zu müssen, "ein bislang nicht vermutetes demokratisches Medienverständnis ... glaubt Wolf Bierbach ... (bei) Severing aufgespürt zu haben". Es ist hier nicht der Platz für eine Kritik der Kritik. Dafür dürfte in den MITTEILUNGEN Platz sein, wenn der etwa 70 Schreibmaschinenseiten lange Aufsatz, auf dem das Referat basierte, demnächst in einem vom Studienkreis initiierten und geförderten Sammelband erscheinen wird.

Es ist hier auch nicht der Ort, das Münchener Referat im Wortlaut zu veröffentlichen. Es sollen lediglich einige der auf der Jahrestagung vorgetragenen Thesen erneut zur Diskussion gestellt werden. Dabei wird bewußt darauf verzichtet, den allgemein-organisatorischen Rahmen des Weimarer Rundfunks nochmals zu skizzieren. Zur Charakterisierung des Rundfunks in der ersten deutschen Republik mag genügen, festzustellen, daß es falsch wäre, bis 1932 von einem Staatsrundfunk zu sprechen, richtig hingegen von einem Mediensystem, das nur in Bezug zum Staat existieren konnte, und zwar zu einem Staat, "der gewillt gewesen ist, selber an dem neuen Nachrichtenträger zu partizipieren und dafür Sorge zu tragen, daß ihm in jeder Hinsicht umfassende Überwachungs- und Einflußnahmebefugnisse zustanden". (1)

Thesen:

1. Die bisher vorliegenden Arbeiten, die über die Organisationsgeschichte des Weimarer Rundfunks nach 1926 handeln - vor allem Bausch und Pohle (2) -, haben wesentliches Material nicht berücksichtigt, obwohl es zum Zeitpunkt ihres Entstehens zugänglich war. Dabei wäre es gerade bei Arbeiten, die vorgeben, den Rundfunk im "Kräftespiel" der Weimarer Republik oder als "Instrument der Politik" zu untersuchen, notwendig gewesen, nicht nur die Initiativen zu analysieren, die die Exekutive einleitete, sondern an die Basis zu gehen, nach Motiven zu fragen. Zumindest für KPD, SPD, NSDAP und auch für den "Stahlhelm" läßt sich bei gründlicher Recherche in der Presse Einschlägiges in Fülle finden. Der gelernte Historiker muß dann allerdings seine Geringschätzung gegenüber der gedruckten Publizistik als Quelle beiseite lassen.
2. Weil dieses Material nicht herangezogen wurde, ist die Rundfunkpolitik der Weimarer SPD, der freien Gewerkschaften und des Arbeiter-Radio-Bundes bisher nicht richtig gewertet worden.

-
- 1.) Fessmann, Ingo: "Rundfunk und Rundfunkrecht in der Weimarer Republik". Frankfurt (M) 1974, S. 32.
 - 2.) Bausch, Hans: "Der Rundfunk im politischen Kräftespiel der Weimarer Republik 1923 - 1933". Tübingen 1956. - Pohle, Heinz: "Der Rundfunk als Instrument der Politik. Zur Geschichte des Weimarer Rundfunks von 1923 - 1938". Hamburg 1955.

Insbesondere Severing war nicht der "Diktator des deutschen Rundfunks", als der er zuweilen erscheint. Von einem "Griff nach dem Rundfunk" - so Bausch nach einer Schlagzeile - mag man im Zusammenhang mit der von Severing durchgesetzten Erweiterung des Dradag-Aufsichtsrates zwar sprechen. Läßt man es hiermit jedoch bewenden, so ergibt das ein schiefes Bild.

Zu 1 (Bisher nicht oder nur unzulänglich ausgewertete Quellen):

SPD-Parteitagprotokolle

Berichte der Reichskonferenzen des Arbeiter-Radio-Bundes
Protokolle des "Sozialistischen Kulturtags Film und Funk"

Protokolle der Reichsbildungskonferenzen der SPD

Zahlreiche Aufsätze in verschiedenen von der SPD bzw. den Freien Gewerkschaften herausgegebenen Zeitschriften.

Nicht einbezogen werden konnte bisher - das sei an dieser Stelle deutlich hervorgehoben - ein von uns im Severing-Nachlaß gefundenes vierseitiges Papier mit dem Titel "Rundfunk-Reformvorschläge 1929".

Zu 2 (Korrektur des Severing-Bildes in der Rundfunkhistoriographie):

Es wäre falsch, die Severing'sche Rundfunkpolitik dahingehend zu interpretieren, daß der SPD-Politiker einen völlig freien, unzensurierten und staatsfreien Rundfunk gewollt hätte. Ausdrücklich betonte er bei Gelegenheit, daß der Rundfunk in die Hand des Staates gehöre, und damit befand sich Severing in Übereinstimmung mit den sozialdemokratischen Rundfunkpolitikern Ernst Heilmann und Staatssekretär a. D. Curt Baake (1929 Vorsitzender des Arbeiter-Radio-Bundes). Was das Trio Severing-Heilmann-Baake jedoch von den rechts der SPD angesiedelten Rundfunkpolitikern unterschied, war die Tatsache, daß sie den staatlich betriebenen Rundfunk - und ein solcher war er auch vor der Rundfunkreform von 1932 bereits, ohne deshalb schon Staatsrundfunk zu sein - öffentlicher Kontrolle unterwerfen wollten. Baake und Heilmann schlugen hierfür 1929 das Organisationsmodell der BBC vor und wandten sich gleichzeitig gegen Bestrebungen im Arbeiter-Radio-Bund, den deutschen Rundfunk nach niederländischem Muster als Gruppenrundfunk zu organisieren. Severing formulierte dazu in seinen Reformvorschlägen wie folgt: Erlaß eines Reichsrundfunkgesetzes "mit der Tendenz, den Rundfunk seines heutigen Charakters als eines gemischt-wirtschaftlichen Betriebes (3) zu entkleiden und in eine gemeinnützige Einrichtung des demokratischen Volksstaates unter parlamentarischer Kontrolle umzuwandeln. Bis zum Erlaß eines Reichsgemischt-wirtschaftlichen Betriebes (3) zu entkleiden und in eine gemeinnützige Einrichtung des demokratischen Volksstaates unter parlamentarischer Kontrolle umzuwandeln. Bis zum Erlaß eines Reichsrundfunkgesetzes ist grundsätzlich der Aufkauf der in Privatbesitz befindlichen Aktien der Rundfunkgesellschaften durch die öffentliche Hand zu fordern."

Im Gegensatz zu anderen Weimarer Parteien war die SPD immer streng legalistisch. Auch vor diesem Hintergrund muß die Severing'sche Forderung nach einem Reichsrundfunkgesetz gesehen werden. Keine andere der Weimarer Parteien stellte eine ähnliche Forderung auf und versuchte damit einen sowohl verfassungsrechtlich wie parlamentarisch unbefriedigenden Zustand zu beenden - um nicht von einem

3.) Daß die Bezeichnung "gemischt-wirtschaftlicher Betrieb" nicht mehr als ein absolutes Wortspiel war, darauf hat Lerg aufmerksam gemacht (S. 301).

Skandal zu sprechen. Wie Lerg (4) nachgewiesen hat, hätte die Weimarer Rundfunkorganisation vor das Parlament gehört, und es ist überhaupt die Frage, wer über sie entscheiden konnte, Reich oder Länder. Verfassungs- und Rundfunkrechtler sind sich darin einig, daß das Funkhoheitsrecht, aus dem Post und Reich den Organisationsanspruch ableiteten, nur eine technische Materie regelte. Nach dem Verfassungsgrundsatz, daß neue Aufgaben zunächst grundsätzlich den Ländern zufallen, sowie aufgrund der Kulturhoheit der Länder wäre es vorrangig Sache der Gliedstaaten gewesen, den Rundfunk zu organisieren, wenn man sich denn schon einmal für die staatliche Organisation des Mediums entschlossen hatte. Das Reich konnte allenfalls auf dem Wege der "Kompetenz-Kompetenz" einen Organisationsanspruch auch für die Programmseite herleiten. Da dieser Verfassungskonflikt nicht ausgetragen, sondern durch einen Kompromiß zugedeckt wurde, in den sich die Länder schickten, weil sie Schlimmeres befürchteten, war die juristische Basis des Weimarer Rundfunks immer unbefriedigend. Ein auch von den Ländern im Reichsrat zu billigendes Reichsrundfunkgesetz hätte hier klare Verhältnisse schaffen können.

Anzumerken ist allerdings auch, daß bei Severing unklar bleibt, wie ein solches Gesetz aussehen sollte, und ferner, daß auch Severing die pragmatische Regelung der Anfangsjahre für den geeigneten Weg hielt, den Rundfunk überhaupt zu organisieren. 1929 allerdings sah er dann die Zeit für gekommen, eine klare Grundlage zu schaffen. Man geht kaum fehl, wenn man annimmt, daß Severing auch durch das Reichsrundfunkgesetz den Einfluß seines Ressorts, des Reichsinnenministeriums, auf den Rundfunk stärken wollte, denn den beherrschenden Einfluß der Post in allen Organisationsfragen sah er als unbefriedigend an. Deshalb forderte er in seinem Reformpapier: "...obwohl die politischen und kulturellen Fragen (des Rundfunks, d.V.) vom Reichsministerium des Innern bearbeitet werden, ist dieses Ministerium in den entscheidenden Körperschaften der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft nicht vertreten, vielmehr dominiert dort das Reichspostministerium". (Die Severing'schen Ausführungen sind an dieser Stelle dahingehend zu ergänzen, daß auch die Länder nach der ersten Rundfunkreform der Jahre 1925/26 durch ihre Beteiligung an der Besetzung der kulturellen Beiräte und Überwachungsausschüsse nicht unerheblichen Einfluß auf die "politischen und kulturellen Fragen" des Rundfunks gewannen.) Severing schlug in seinem Reformpapier vor, die Aufsichtsgremien der RRG ~~überwachen~~ ^{überwachen} ~~unter~~ ^{unter} ~~Hinzuziehung~~ ^{Hinzuziehung} von "Vertretern der Arbeiter-tischen und kulturellen Fragen" des Rundfunks gewannen.) Severing schlug in seinem Reformpapier vor, die Aufsichtsgremien der RRG paritätisch und unter Hinzuziehung von "Vertretern der Arbeiterschaft" zwischen RMI und RPM aufzuteilen. Verwunderlich bleibt in diesem Zusammenhang, daß der Politiker nicht einen zweiten (politischen) Rundfunkkommissar für sein Ressort forderte - neben dem vom RPM kommenden Bredow.

Wertet man diese Vorschläge, so bleibt festzustellen, daß sie zwar hinter einigen Forderungen des Arbeiter-Radio-Bundes und auch der Bildungsorganisationen seiner Partei zurückblieben, aber doch wohl das zum damaligen Zeitpunkt Machbare beinhalteten. Man muß die Severing'schen Vorschläge zur Reform der Rundfunkorganisation in

4.) Lerg, Winfried B.: "Die Entstehung des Rundfunks in Deutschland. Herkunft und Entwicklung eines publizistischen Mittels". Frankfurt (M) 1970

Relation zum damaligen Medienverständnis setzen. Ein nicht vom Staat abhängiger Rundfunk war für die meisten Politiker undenkbar und gerade konservative Politiker forderten einen über das Bestehende hinausgehenden Einfluß des Staates. Die Realisation der von Severing und seinen Parteifreunden ausgehenden Vorschläge (parlamentarische Kontrolle und/oder Organisation des deutschen Rundfunks nach britischem Muster) hätten größere Konstanz in die deutsche Rundfunkentwicklung bringen können und zudem den skandalösen Zustand beseitigt, daß der Gesetzgeber immer erst post festum, mit großer Verzögerung und lückenhaft über Regelungen informiert wurde. Durch eine parlamentarische Kontrolle des Rundfunks wäre zudem die Gleichbehandlung der politischen Gruppierungen im Rundfunkprogramm besser gewährleistet worden. Der Weimarer Rundfunk sollte zwar parteipolitisch neutral sein, er war es jedoch nie. Wenn Ernst Heilmann 1929 auf dem "Sozialistischen Kulturtag Film und Funk" beklagte, die leitenden Positionen in der RRG und den Sendegesellschaften sowie in den Überwachungsausschüssen seien überwiegend mit Angehörigen oder Sympathisanten der konservativen Parteien besetzt, so ist das richtig. Daran änderte auch der Umstand nichts, daß die SPD-geführte preußische Regierung in die Überwachungsausschüsse der auf ihrem Gebiet arbeitenden Gesellschaften jeweils ein Mitglied der SPD oder der Freien Gewerkschaften delegierte. Diese Besetzung der Ausschüsse und der Spitzenpositionen war Gewähr genug dafür, daß die Weimarer Rundfunkprogramme dort, wo sie nicht politisch steril waren, konservativ eingestimmt waren.

Auch hier wollte Severing verändern. Bereits 1928 wies er die Reichsvertreter in den Überwachungsausschüssen an, die Zensur nicht mehr so restriktiv wie bis dato üblich zu handhaben, und führte außerdem die "kontradiktorischen Vorträge" bei der "Deutschen Welle" ein. Er ließ zwar im März 1929 keinen Zweifel daran, daß diese Regelung zunächst nur für die "Deutsche Welle" gelte, es steht aber außer Frage, daß er Ähnliches auch für die Regionalgesellschaften wollte. In seinen Reformvorschlägen heißt es hierzu: "Durchführung von Veranstaltungen, die dem Zeitgeist entsprechen und aktuelle Probleme dem Verständnis der Hörer erschließen, wobei die parteipolitische Neutralität durch Heranziehung von Rednern verschiedener Richtungen durchaus gewahrt werden kann". Entsprechend dem damaligen Medienverständnis konnte sich auch der fortschrittlichste Weimarer Rundfunkpolitiker nur dazu bequemen, das Medium für die direkte politische Mitteilung und Diskussion, Entsprechend dem damaligen Medienverständnis konnte sich auch der fortschrittlichste Weimarer Rundfunkpolitiker nur dazu bequemen, das Medium für die direkte politische Mitteilung und Diskussion, nicht jedoch auch für eine kommentierende Berichterstattung freizugeben. Aber schon die von ihm vorgeschlagenen Lockerungen der Zensur (Referenten von anerkanntem wissenschaftlichen Ruf oder solche, die bereits mehrfach als Rundfunkredner aufgetreten waren, sollten lediglich Leitsätze, nicht mehr das komplette Manuskript vor der Sendung einreichen) hätten im Verein mit der von ihm geplanten Aufwertung der Kulturbeiräte (sie sollten gegenüber den Rundfunkgesellschaften weisungsbefugt werden) Ansätze zur Weiterentwicklung der Rundfunkprogramme im Sinne der von Severing geforderten Aktualisierung geboten.

Michael Crone:

FREIHEIT UND KONTROLLE

Eine Zusammenfassung des Referates auf der Jahrestagung des Studienkreises am 19. Okt. 1974 in München

Die Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik geraten seit Jahren zunehmend in den Bereich parteipolitischer Einflußnahme. Es lassen sich dafür zahllose Beispiele aufzählen - wie die Vorgänge um die Vertragsverlängerung Peter Merseburgers beim Norddeutschen Rundfunk oder der Parteienstreit um die künftige Zusammensetzung des Rundfunkrates bei Radio Bremen. Ein besonders krasses Beispiel für den Versuch, politische Einflußnahme auf eine Rundfunkanstalt auszuüben, boten die Auseinandersetzungen um die Novellierung des Bayerischen Rundfunkgesetzes in den Jahre 1972/73. Auf der Jahrestagung des Studienkreises in München habe ich in meinem Referat den Ablauf der Ereignisse aufgezeichnet und versucht, sie in ihrer medienpolitischen Bedeutung zu erfassen.

Mit dem Vorwurf gegen den Bayerischen Rundfunk (BR), sein Programm habe einen immer stärker werdenden Linksdrall, begründete die CSU in Bayern ihre Gesetzesinitiative, die Ausgangspunkt der Auseinandersetzungen wurde. Sie fühlte sich im BR unterrepräsentiert und glaubte, daß der Sender in seiner Programmgestaltung nicht die notwendige Ausgewogenheit und Objektivität zeigte. Vielmehr habe der Einfluß linksliberaler bis linksradikaler Kräfte so zugenommen, daß es notwendig erschien - so jedenfalls die überwiegende Meinung innerhalb der Landtagsfraktion der CSU -, gegen solche, angeblich die freiheitlich-demokratische Grundordnung bedrohende Kräfte gesetzlich vorzugehen.

Am 21. Januar 1972 legte die CSU dem Bayerischen Landtag eine Neufassung des Rundfunkgesetzes vor, die vor allem von dem Abgeordneten Handlos geprägt war. Diese Neufassung sah eine Vergrößerung des Rundfunkrates um 18 Mitglieder auf insgesamt 59 Mitglieder vor. Von diesen 18 sollten 12 Landtagsabgeordnete sein, davon acht von der CSU. Gleichzeitig sollten dem so erweiterten Rundfunkrat zusätzliche Aufgaben zugewiesen werden, insbesondere das Recht der Zustimmung bei der Berufung von leitenden Angestellten, also Hauptabteilungsleitern, die künftig nur noch auf fünf Jahre berufen werden sollten.

also Hauptabteilungsleitern, die künftig nur noch auf fünf Jahre berufen werden sollten.

Trotz erbitterten Widerstandes der Opposition, zahlreicher Verbände und vor allem den Mitgliedern des Bayerischen Rundfunks sowie des CSU-Staatssekretärs und künftigen BR-Intendanten Väh, gegen diese Pläne peitschte die CSU ihre Novelle durch die parlamentarischen Beratungen. Die Möglichkeit der Einflußnahme auf den BR über den Rundfunkrat vor allem auf die Personalpolitik des Hauses und damit auch die Programmplanung ließ die CSU alle Bedenken beiseite fegen und parlamentarische Spielregeln mißachten.

Die Ankündigung zweier CSU-Landtagsabgeordneter auf einer Tagung der Katholischen Akademie in München, die Gesetzesänderung sei nur ein erster Schritt, und in nächster Zukunft werde man auch die gesetzlichen Grundlagen für die Zulassung privater Rundfunkanstalten schaffen, verstärkte den Widerstand weiter. Die Oppositionsparteien in Bayern, SPD und FDP, die Gewerkschaften, Journalisten

listenverbände und zahlreiche Einzelpersonlichkeiten schlossen sich zum "Landesbürgerkomitee Rundfunkfreiheit" zusammen, mit dem Ziel, ein Volksbegehren zu initiieren, durch das sichergestellt werden sollte, daß auf der einen Seite in Bayern keine privaten Rundfunkanstalten eingerichtet werden können, andererseits der Parteeinfluß durch Reduzierung der Zahl der Parteienvertreter im Rundfunkrat beschränkt wird.

Der Ausgang des Volksbegehrens, für das sich 13,9 Prozent der Wahlberechtigten aussprachen, überraschte die CSU und führte zu einer erneuten heftigen Diskussion im bayerischen Landtag. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich der Konflikt fast allein auf die Alternative Privatfunk ja oder nein zugespitzt. Nachdem die CSU-Fraktion in dieser Frage in den parlamentarischen Beratungen zunächst hart geblieben war, hatte sie in der Frage der Zahl der Parteienvertreter schon früh erklärt, daß darüber Einigkeit erzielt werden könne. Nun ermöglichte der Parteivorsitzende Franz-Josef Strauß durch überraschendes Nachgeben schließlich doch noch eine Einigung. Nach fast anderthalb Jahren erbitterter Auseinandersetzungen wurde erreicht, daß der öffentlich-rechtliche Status des BR in der Bayerischen Verfassung verankert wurde - zum bisher einzigen Male in der Bundesrepublik. Daneben wurde durch die Begrenzung der Zahl der Parteienvertreter im Rundfunkrat auf höchstens ein Drittel der Einfluß der Parteien zumindest zahlenmäßig eingeschränkt. Damit hat die CSU am Ende in allen wesentlichen Punkten zurückstecken müssen.

Auch wenn diese Übereinkunft als Niederlage der CSU und Sieg eines freien Rundfunks gefeiert wurde, bleiben doch Bedenken bestehen. So blieb der Passus des ursprünglichen CSU-Gesetzentwurfes, nach dem der Rundfunkrat der Berufung von Hauptabteilungsleitern zuzustimmen hat, auch weiterhin Gesetz. Damit kann die Gefahr, daß der Rundfunkrat nicht nur ein Kontrollorgan ist, sondern auch eine Art von Programmleitfunktion übernimmt, nicht ausgeschlossen werden. Die Begrenzung der Amtszeit der Hauptabteilungsleiter auf fünf Jahre macht diese fast noch abhängiger vom Rundfunkrat als vom Intendanten, da der Rundfunkrat nicht nur nach journalistischen Gesichtspunkten entscheidet. Außerdem ist langfristig dennoch, trotz der Übereinkunft der Parteien, eine Erhöhung der Zahl jener Vertreter festzustellen, die von politischen Instanzen in den Rundfunkrat entsendet wurden. Je stärker jedoch in den Aufsichtsgremien die politischen Parteien eine Erhöhung der Zahl jener Vertreter festzustellen, die von politischen Instanzen in den Rundfunkrat entsendet wurden. Je stärker jedoch in den Aufsichtsgremien die politischen Parteien vertreten sind, desto mehr findet auch eine Polarisierung statt, der sich die parteipolitisch unabhängigen Kräfte auf Dauer nicht entziehen können. Darüber hinaus muß festgehalten werden, daß die Vorgänge in Bayern gezeigt haben, wie leicht es politischen Kräften gemacht wird, Einfluß auf die Rundfunkanstalten zu nehmen und deren Unabhängigkeit, wie sie vom Gesetzgeber gefordert wird und vom Bundesverfassungsgericht in mehreren Urteilen bestätigt wurde, ad absurdum zu führen.

Daß der Versuch der CSU schließlich doch nicht den gewünschten Erfolg zeitigte, liegt zunächst an der in Bayern vorhandenen Möglichkeit des Volksbegehrens und damit der Artikulationsmöglichkeit des Volkswillens, hauptsächlich aber wohl an dem taktisch unklugen Verhalten der CSU, die ihren Gegnern die Argumente gegen ihre Politik nahezu ständig frei Haus lieferte.

Vor allem, und dies ist vielleicht die wichtigste Erkenntnis der Vorgänge in Bayern, muß herausgestellt werden, mit welchem Engagement sich viele Bürger, nicht nur durch Stimmabgabe beim Volksbegehren, für die Sache der Rundfunkfreiheit eingesetzt haben. Hier liegt auch ein wesentliches Verdienst des "Landesbürgerkomitees Rundfunkfreiheit", das es geschafft hat, Öffentlichkeit herzustellen in einem Bereich, der sich bisher zumeist nur auf "elitäre Zirkel" von Politikern und Journalisten beschränkte und Themen umfaßte, von denen man allgemein annahm, daß sie für eine breitere Öffentlichkeit nicht verständlich und deshalb nicht interessant wären.

Dabei sollte betont werden, daß es möglich ist, einen Prozeß der Kommunikation über kommunikationspolitische Fragen auf breiter Ebene in Gang zu bringen. Dieser Prozeß beschränkte sich im Fall Bayern allerdings auf die konkrete Situation, den konkreten Fall, und die Chance einer weitergehenden Diskussion über unser Rundfunksystem, über die Problematik des Kontroll- und Aufsichtssystems wurde nicht genutzt. Statt dessen ist nur eines gelungen: die Festschreibung des bestehenden medienpolitischen Status quo. So waren die Ereignisse in Bayern, obwohl noch nahezu gegenwärtig, ein Jahr später schon Geschichte. Heute sind sie fast völlig vergessen.

Der Vortrag in München stellte einen Überblick über den damaligen Stand meiner Magisterarbeit dar. Das Ziel war es, die Entwicklung und den Ablauf des bayerischen "Rundfunkkrieges" nachzuvollziehen und davon ausgehend zu einer Einschätzung der Bedeutung und der Konsequenzen dieser Vorgänge für die medienpolitische Landschaft zu gelangen. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß in München und vor allem auch in Berlin einige wissenschaftliche Arbeiten laufen, die sich spezieller Aspekte der Vorgänge in Bayern in aller Ausführlichkeit widmen.

Mein Thema erforderte ein umfangreiches Quellen- und Aktenstudium. Dies stellte insofern ein besonderes Problem dar, als die vorhandenen Unterlagen bis heute nicht gesammelt und archiviert wurden. Nur teilweise hatten die an den Auseinandersetzungen beteiligten Organisationen die sie betreffende oder bei ihnen vorhandene Unterlagen zusammengestellt. Mit Ausnahme der CSU stellten jedoch alle Organisationen und Verbände bereitwillig ihre Unterlagen zur Verfügung. Als besonders nützlich erwies sich das "Rundfunkpolitische Presse-Echo", das der BR von Januar 1972 bis Februar 1973 herausgab. Darin waren nahezu vollständig alle Zeitungsartikel und Rundfunkkommentare zu den Vorgängen um die Gesetzesnovellierung zusammengestellt. Unbefriedigend blieben teilweise die persönlichen Interviews mit Augenzeugen. Dies gilt im besonderen für die Parteienvertreter. Zwar lehnte keiner von ihnen das Gespräch von vornherein ab, doch gab es in etlichen Fällen auf gezielte Fragen nur ausweichend Antworten, in anderen Fällen wurde die Antwort verweigert. Hier spielte die zeitliche Nähe zu den Vorgängen eine große Rolle und erwies sich in einigen Fällen als starkes Handicap.